

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 6 :. 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bruden-  
straße 10b :. Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 9. Februar 1917

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Kulturarbeit. — Einheitliche Gewerkschaftsfront. — Betelligt Euch an den Arbeiterauswahlwahlen! — Die Zusammenlegung von Betrieben. — Wie unsere Feldbaronen über die Verbandszeitung denken. — Feldpostadressen-Änderung. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederarbeitsgewerbe in Köln. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Mundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 11. bis 17. Februar 1917 ist der 6. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbandsgegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Kulturarbeit.

il. ger. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Dauerkrieg wie ein zerkendes Gift auf den Gesamtkörper der direkt und indirekt in Mitleidenhaft gezogenen Nationen wirkt. Keine Seite des Volkslebens, die nicht in unheilvollster Weise von diesem furchtbaren Geschehnis mit beeinflusst würde, — und die Stimmen, die den Krieg als ein „sittliches Stahlbad“ begrüßten, sind angefaßt der verheerenden Folgen, die er zeitigt, fast reflexlos verstummt. Für denjenigen, der mit offenen kritischen Augen ins Weltgetriebe schaut, ist die Frage, ob der Krieg eine sittliche und moralische Wiedergeburt der Menschheit herbeigeführt habe, erledigt, — auch bei voller Würdigung aller schönen und heroischen Ausnahmen. Einsichtige Menschen haben das vorausgesehen und — gesagt, und es ist heute mehr denn je berechtigt, darauf hinzuweisen, daß die politisch erwachte Arbeiterchaft, und unter dieser insbesondere die deutsche es war, die mit allem Nachdruck immer und immer wieder die voraus-sichtlichen Folgen eines Weltkrieges an die Wand gemalt hat.

Nachdem die Völker Europas und darüber hinaus nunmehr in den Mahlstrom des Weltkrieges hineingerissen sind, wäre es für uns müßig, dem zerstörenden Wirken tatenlos zuzusehen, weil eben alles so gekommen ist, wie wir es vorausgesagt haben. Wir können es schon deshalb nicht, weil der Zerbröckelungsprozeß sich allmählich in erschreckender Weise auch an den Grundfesten der Arbeiterorganisationen bemerkbar macht. Hier ruhig zuzusehen, wäre Selbstmord und zum Selbstmord ist die organisierte Arbeiterchaft trotz allem noch zu lebenskräftig, zu lebensbejahend.

Wer die ersten Kriegswochen noch einmal mit lebendiger Friese durchzuleben vermag, weiß, welch lähmendes, erstarrendes Gefühl unser Innerstes beforschte, als das Schreckliche, Unabwendbare mitten hinein in die zukunfts-treudigste Arbeit und Stimmung des organisierten Proletariats plakte. Fast schien es, als würde die Arbeiterbewegung in ihrem Lebensnerv getroffen und würde sich kaum wieder erholen.

Die Gewerkschaftsbewegung insbesondere wurde in dem fruchtbringendsten Schaffen unterbrochen, — nicht leicht schien es, das Ergebnis einer jahrzehntelangen Arbeit vor der hereinbrechenden Springflut in Sicherheit zu bringen.

Es ist geglückt, trotz aller Fährnisse und Schwierigkeiten, und wie in Goethes Faust, konnte nach einiger Zeit, als die Verhältnisse erst eine klare Uebersicht gestatteten, auch hier der frohlockende Ruf erklingen: „Sie ist gerettet!“

Heute sind 2½ Jahre Kriegezeit verstrichen, und noch steht das gewerkschaftliche Fundament unerschüttert da. In tausend Nöten hat es sich bewährt. Wo es galt, die Lage der Arbeiter zu verbessern und deren Interessen zu schützen, haben die Verbände tatkräftig gewirkt und ihr ganzes Können eingesetzt. In allen Fällen, wo es galt, Arbeiter vor Uebervorteilung zu schützen, sind sie eingeschritten, haben für Abhilfe gesorgt; die Errichtung von Schlichtungskommissionen, in denen Tarifstreitigkeiten geregelt werden, und wo den Arbeitern Hunderttausende von Mark, die unrettbar verloren gewesen wären, gerettet wurden, sind das ureigenste Werk der Gewerkschaften. Und schließlich sind die Tarife selbst auch nicht wie weiland das Manna vom Himmel gefallen, sondern unter großen Mühen und Hindernissen von den Gewerkschaften angeregt und durchgeführt worden.

Doch nicht nur das: auch staatliche Institutionen haben ihren Tag von Damaskus erlebt und einen Hauch von dem kulturellen und gemeinnütigen Wirken der Gewerkschaften verspürt. Personen und Körperchaften, die noch bis zum Kriege in den Arbeiterorganisationen „staatsfeindliche“ Bestrebungen sahen, sind eines anderen belehrt worden und mußten, wenn auch widerstrebend, nach und nach sich von dem eigentlichen Wesen dieser Gebilde überzeugen lassen. Und man muß es den Arbeiterorganisationen zugestehen: sie haben es verstanden, auf die Häupter ihrer Widersacher reichlich glühende Kohlen zu sammeln. Wer die Geschichte dieses Krieges schreibt — soweit er Deutschland betrifft — kann an der Arbeit der Gewerkschaften nicht vorübergehen. Sie haben Volks- und Heimatsdienst in hervorragendem Sinne geleistet.

Ob die leitenden Kreise der Gewerkschaften bei all ihren Maßnahmen immer das Richtige getroffen haben, ob dieses geschehen und jenes unterbleiben hätte müssen, darüber finden zurzeit lebhafteste Auseinandersetzungen statt, und es wird nach Beendigung des Krieges, wenn die organisierten Arbeiter den Soldatenrock wieder gegen ihre bürgerliche Kleidung eintauschen, sich ausreichend Gelegenheit bieten, diese Fragen sachlich und leidenschaftslos zu prüfen. Sicherlich wird niemand den ernstesten und redlichsten Willen verkennen, von dem alle Schritte diktiert' waren. Mit ehernen Schlägen hat sich den Volksbewußtsein die Erkenntnis eingeschlämmt, daß ein kraftvoller, umentbehrlicher Faktor die Gewerkschaftsbewegung für unser wirtschaft-

liches, soziales und kulturelles Dasein verkörpert, und wundern kann man sich höchstens darüber, daß diese Einsicht erst durch ein so furchtbares Ereignis ausgelöst werden mußte.

Es lag dies vornehmlich daran, daß man die Kampfesgewerkschaften durch die von Klassenurteil getriebene Brille sah, und der bekannte Ministerauspruch, wonach hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauere, ist bezeichnend dafür. Von den Gewerkschaftsmitgliedern hatte man in bürgerlichen Kreisen fast durchweg den feststehenden Begriff, sie seien irgeleitet, der Verhegung verfallene Opfer, die von gewerksmäßigen, gutbezahlten Hezern zu allen möglichen Schandtaten angeleitet würden. Nur selten kam einmal ein von Sachkenntnis zeugendes Urteil an die Oberfläche, und als im Moabit-Prozeß der Berliner Ortsvorsitzende einer großen Organisation als Zeuge ausfragt, den Gewerkschaften läge durchaus nicht daran, Streiks heraufzubeschwören, sie begnügten sich viel lieber mit einem kleineren Vorteil, wenn er auf dem Wege einer Verständigung zu erzielen sei, schrieb ein bürgerliches Blatt, der Mann habe nur das ausgesagt, was man in einsichtigen Kreisen schon längst gewußt habe.

Ueberhaupt ist mit dem Wort „Hezer“ ein schlimmer Anflug getrieben worden von Leuten, die keine Ahnung haben, wie es im gewerkschaftlichen Leben zugeht oder sich dieser Redewendung aus demagogischen Gründen bedienten. Jede Bewegung, die über den Rahmen eines Zirkels hinauswächst, muß notgedrungen Personen haben, die sich der Sache annehmen und sie mit Geschick und Umsicht vertreten. In diesem Stadium kann das nicht mehr ehrenamtlich erledigt werden, und da die Führer keinen Altralleib besitzen, sondern wie andere Sterbliche aus Fleisch und Blut sind, so müssen sie essen und trinken und alle jene Bedürfnisse bestreiten, die nun einmal nicht zu umgehen sind. Dazu gehört aber Geld! Kein Monarch regiert, kein Pastor predigt, kein Arbeiter schafft um Gotteslohn, also muß der Verbandsangestellte auch bezahlt werden. Daß dies übermäßig geschähe, können nur böswillige oder schlecht unterrichtete Zungen behaupten. Mit den heftigsten Vorwürfen werden die Angestellten überschüttet, wenn sie nach Ansicht dieser oder jener Berufsgenossen etwas nicht richtig gemacht haben. Besonders bei Lohnbewegungen und deren Abschluß blüht den Leitern derselben oft genug etwas ganz anderes als Dank, und für gewöhnlich werden sie aus den eigenen Reihen mit der gegenteiligen Bezeichnung von „Hezer“ belegt.

Um aber bei der Hauptfrage zu bleiben: ebenfalls haben die Gewerkschaften das materielle und kulturelle Niveau der Arbeiter außerordentlich gehoben. Ja, man braucht das materielle Moment noch nicht einmal in den Vordergrund zu rücken: allein was der Arbeiter seiner gewerkschaftlichen Erziehung und Schulung rein geistig und sittlich zu verdanken hat, genügt, als unvergängliches Verdienst angerechnet zu werden. Und

wenn in jüngster Zeit das Wort gefallen ist, die deutschen Siege in diesem Kriege seien die Siege der deutschen Gewerkschaften, so liegt in dieser Auffassung zweifellos ein berechtigter Kern. Die Eigenschaften, die der gewerkschaftliche Geist in den Arbeitern geweckt hat, haben in dem Feldzug sicherlich ihre günstige Wirkung nicht verfehlt.

Wer überhaupt ungefähr zwei Jahrzehnte in der Gewerkschaftsbewegung zurückblicken kann, wird die kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft in ihrer stetig aufsteigenden Linie verfolgen können.

Gerade an Einzelbildern läßt es sich gut übersehen. Wo ist zum Beispiel der „blane Montag“ geblieben? Diese gewiß nicht erhebende Erscheinung ist mit dem Entstehen und Erstarken der Gewerkschaften immer mehr zurückgedrängt worden und heute fast ganz verschwunden. Der durch das gewerkschaftliche Wirken erzeugte Beredlungsprozeß räumte nicht nur hiermit auf, sondern auch mit manchen anderen unangenehmen Gewohnheiten aus älterer Zeit. So war es vor 10 und 15 Jahren noch ganz und gäbe, daß im Betriebe ein Arbeiter Bier und Schnaps anschenkte — auf Pilsener (und da trinkt es sich bekanntlich viel unbekümmert), und wenn der Sonnabend kam, hatten die Arbeiter einen mehr oder weniger großen Teil ihres Lohnes an den Wirt oder den Nebenberuf abzuführen, wenn es überhaupt nur dazu reichte. Auch dies gehört wohl fast durchweg der Vergangenheit an.

Daß die Gewerkschaften durch gut ausgewählte Bücher, durch belehrende Vorträge und künstlerische Veranstaltungen Wissens- und Bildungstrieb im Arbeiter geweckt und gefördert haben, ist zu bekannt, um besonders hervorgehoben werden zu müssen.

Davon abgesehen, tritt der Wandlungsprozeß auch rein äußerlich in Erscheinung. Wenn von den französischen Arbeitern gesagt wird, daß sie sich am Sonntag nicht waschen und feiertäglich anziehen, um revolutionärer zu erscheinen, so trifft dies auf den deutschen Arbeiter gewiß nicht zu. Ob er darum weniger revolutionär ist, bleibt eine Frage für sich. Jedenfalls hält er im Durchschnitt auf saubere, gefällige Kleidung, und dieselbe Tendenz macht sich auch in bezug auf die Ausstattung der Wohnung geltend.

In Kleinigkeiten zeigt sich eben das Große. Sicherlich hat der Geist der Gewerkschaft in Gemeinschaft mit der politischen Bewegung den Arbeiter auf das wirksamste und nachhaltigste beeinflusst, und noch ist der Wirkungskreis nicht abgeschlossen, im Gegenteil, ungeahnte, gewaltige Fragen harren erst nach dem Kriege der Lösung. Daraus ergibt sich, daß alle Kräfte sich vereinigen müssen, um die schwereren Aufgaben zu erfüllen. Wie der Krieg auch angesehen mag, die Gewerkschaften werden nötiger sein denn je zuvor. Deshalb verjüngt sich jeder Unorganisierte an seinen heiligsten Interessen. Nur eine stark organisierte Arbeiterschaft wird all dem standhalten können, was die kommende Zeit bringt. Darum hinein in die Organisationen!

### Einheitliche Gewerkschaftsfront.

Bereits vor dem Kriege haben überzeugte Gewerkschaftler die Frage erwogen, ob es nicht im Interesse der Arbeiter wünschenswert sei, wenn die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen bei wichtigen sozialpolitischen Fragen und Wirtschaftskämpfen zusammenarbeiten. So wünschenswert eine einheitliche Gewerkschaft für alle Angehörigen eines Berufes ist, so fanden ihrer Verwirklichung doch viele Hindernisse gegenüber. Die Kriegserfahrungen haben aber die drei in Betracht kommenden Gruppen einander näher gebracht und oftmals zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt. Sollen diese Anfänge nicht im Reine erwachen, so wird es notwendig sein, in Gewerkschaftskreisen allen Ernstes zu prüfen, wie ein Zusammengehen mit den Christlichen und Christ-Deutschen in gewissen Fragen zu ermöglichen ist. Wir haben dieser Frage schon seit Jahren unsere Aufmerksamkeit geschenkt und zuletzt in der ersten Nummer dieses Jahrganges unserer Zeitung an leitender Stelle u. a. geschrieben:

„Aber nicht nur die Großunternehmer haben ihre wirtschaftlichen Organisationen ausgebaut, auch das Handwerk hat seine Nutzenwendung aus dem Kriege gezogen. Teils haben sie sich mit der Industrie zu

Interessengemeinschaften verbunden, teils Genossenschaften gebildet. Wohin wir also blicken, allüberall ein Stachelkraut wirtschaftlicher Organisationen mit der Front gegen die Arbeiter. Angesichts dieser Tatsache wäre es mehr wie Selbstmord, wollte die Arbeiterschaft sich gegenseitig zerfleischen und wehlos der wirtschaftlichen Revolution gegenübersehen. Hier gibt es nur ein Mittel und das heißt: Organisation! Organisation aller Arbeiter ohne Unterschied der Weltanschauung zu einem einheitlichen Berufsverbande ist das Ziel, welches uns für die Zukunft vor sich weht. Die Unternehmer fragen weder nach politischen noch religiösen Bekenntnissen, thnen ist in ihren Vereinigungen jeder recht. Nur die Arbeiter glauben ihre wirtschaftlichen Interessen in verschiedenen, sich oftmals gegenseitig bekämpfenden Organisationen vertreten zu müssen.

Unser Bestreben ist, allen Arbeitern jedweden Landes die Hand zum Bruderverband zu reichen. Ist dieser Standpunkt richtig, dann sollte es doch im eigenen Lande mit den Arbeitern, mit denen wir am gleichen Wertesitz stehen, mit denen wir die gleichen Lebensbedingungen teilen, erst recht möglich sein. Während des Krieges haben sich für die gewerkschaftlichen Organisationen viele Annäherungspunkte ergeben, sie gilt es im Auge zu behalten, und es wird sich zeigen, den guten Willen bei allen Beteiligten vorausgesetzt, daß auch hier sich manches Gute erreichen läßt.“

Nun nimmt das Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, Genosse Robert Schmidt, zu dieser Frage das Wort und schreibt in den Soz. Monatsheften:

„Nach dem Krieg wird intensive Arbeit der Gewerkschaften sehr notwendig und für die kulturelle Bedeutung derselben auf Jahre hinaus entscheidend sein. Die Frage ist nur, werden sie reif sein, die Situation auszunutzen und ihre Macht zu erweitern?“

Zur gemeinsamen Arbeit aller Gewerkschaftsgruppen mühten wir gelangen, auch wenn man sich nicht über manche Fragen einigen könnte. Wirtschaftspolitische und religiöse Anschauungen sollten eigentlich keine Differenzen hervorrufen, doch die Praxis widerspricht dem, da weder rüben noch drüben die erforderliche Toleranz vorhanden ist.

Trotz dieser Gegenätze könne man zu einheitlichen Lohnbewegungen, einem gemeinsamen politischen Programm und zur Lösung bestimmter innerer wirtschaftlicher Aufgaben sich zusammenschließen.

Der Krieg hat den Zusammenschluß des Kapitals sehr gefördert, die Klämpen der Arbeiter um einen angemessenen Lohn werden entsprechend hart sein. Da ist der Zusammenschluß dringend notwendig. Es kann nicht so schwierig sein, die Einigung der Arbeiter zu erreichen.

Ein sozialpolitisches Programm, das alle Gewerkschaften befriedigt, könne ohne große Schwierigkeiten aufgestellt werden. Selbst wenn der Krieg bald zu Ende geht, werden wir in den nächsten Jahren von den Sorgen der Nahrungsmittelbeschaffung, der Preisbildung und Verteilung nicht befreit werden. Das Interesse der Erwerbstätigen aller Schichten ist das gleiche, also muß die Gemeinschaftsarbeit fortgesetzt werden.

Die Frage, wie diese gemeinsame Arbeit gefördert werden kann, müsse uns in der nächsten Zukunft beschäftigen. Die größten Vorteile bietet ein Zusammenschluß, weil dann 4 bis 5 Millionen Mitglieder in Betracht kommen. Dem Einfluß dieser Massen könne sich der Staat nicht entziehen, die reaktionären Bestrebungen großkapitalistischer Kreise jänden geschlossenen Widerstand. Die Rechtsgrundlagen der zusammengeflochtenen Organisationen wären gesichert.

Der Erreichung dieses Zieles steht manche Klippe im Wege. Zunächst die gegenseitige Konkurrenz bei der Agitation. Die zentrale Zusammenarbeit könne nicht von festigem Gegeneinanderwüten in den Gruppen begleitet sein, hier müsse ein Ausgleich gesucht werden, der das Nebeneinander möglich macht und das Gegeneinander zurückdrängt.“

### Beteiligt Euch an den Arbeiterauswahlen!

Das Hilfsdienstgesetz hat den Arbeiterauswahlen eine neue Rechtsstellung und erhöhte Bedeutung gegeben. Bisher waren Arbeiterauswahlen in Industrie und Gewerbe fakultativ und nur für Bergwerke mit mindestens 100 Arbeitern obligatorisch. Nunmehr müssen für alle für den Hilfsdienst tätigen Betriebe, soweit sie unter den Titel VII der Gewerbeordnung fallen, also auch für Betriebe des Handels, einschließlich der industriellen Betriebe der Seeres- und Marineverwaltung, Arbeiterauswahlen gewählt werden, sofern in diesen Betrieben mindestens 50 Arbeiter beschäftigt sind. Das gleiche gilt für die Wahl von Angestelltenauswahlen bei Beschäftigung von mindestens 50 Angestellten. Diese Auswahlen sollen

das gute Einbernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber fördern. Sie sollen Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter, die sich auf die Betriebsrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und dessen Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Arbeitgebers bringen und sich darüber äußern. Sie sollen ferner bei Streitigkeiten im Betriebe über die Lohn- und Arbeitsbedingungen behufs Einigung mit dem Arbeitgeber verhandeln, gelten also als die erste Instanz, die für solche Differenzen vorgeesehen ist.

Ergibt sich schon hieraus, daß die Bedeutung der Arbeiterauswahlen nicht unterschätzt werden darf, so laßt sich auch die Vorschriften über die Wahl der Auswahlen keinen Zweifel, daß es sich um Arbeitervertretungen handelt, die die wirkliche Meinung der Arbeiter vertreten sollen. Die Mitglieder der Arbeiterauswahlen sollen von allen volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Zu den wahlberechtigten und wählbaren Arbeitern gehören auch die Arbeiterinnen. Die Wahl soll Verhältniswahl sein, so daß auch Minderheiten das Vertretungsrecht gewahrt bleibt.

Die Mitglieder des Arbeiterausschusses entbehren auch nicht des rechtlichen Schutzes gegen Maßregelung. Nach § 13 der Bestimmungen über die Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst ist es den Arbeitgebern und ihren Vertretern bei Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder Haft unterlagt, die Arbeiter oder Angestellten ihres Betriebes bei Ausübung des Wahlrechtes oder in der Uebernahme der Tätigkeit als Mitglied zu beschränken oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen.

Soweit solche Arbeiter- oder Angestelltenauswahlen nicht schon bestehen, sind sie zu errichten; wo solche bestehen, sollen sie schleunigst dem Hilfsdienstgesetz angepaßt werden. Eine Auszubildung muß, auf Verlangen von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder einberufen und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir eruchen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands dringend, sich nach besten Kräften der Wahlen zu den Arbeiterauswahlen anzunehmen, zuverlässige organisierte Mitarbeiter, die ihr Vertrauen besitzen, aufzustellen und sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. Wo Arbeiterinnen in größerer Zahl im Betriebe tätig sind, sollen auch Arbeiterinnen in den Auswahlen vertreten sein. Die starke Wahlbeteiligung sichert den Auswahlen ihren Einfluß im Betriebe und schützt die Arbeiter vor den Bestrebungen, diese Auswahlen zu Stützpunkten der Selben im Betriebe werden zu lassen. Kein größerer gewerblicher Hilfsdienstbetrieb darf ohne Arbeiterauswahl bleiben und kein Arbeiter verjäume die Wahl zu den Arbeiterauswahlen!

### Die Zusammenlegung von Betrieben

auf Grund des Hilfsdienstgesetzes hat auch den Verband deutscher Lederwarenfabrikanten auf seiner Besprechung am 4. Januar in Berlin beschäftigt. Da die Verhandlungen vertraulich gepflogen wurden, ist das Resultat der Öffentlichkeit nicht bekannt. Leider ist vom genannten Verbande unserem Wünsche nicht entsprochen worden, bezüglich der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes für die Lederwarenindustrie dem Kriegsamte gemeinschaftlich ausgearbeitete Vorschläge zu unterbreiten. Ob und wie im Kriegsamte bereits erwogen wird, in welcher Weise mit den Lederwarenbetrieben verfahren werden soll, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Wahrscheinlich werden bis zum 1. April d. J. Betriebe zusammengelegt und die gesamte Industrie wesentlich eingeschränkt werden. Hoffentlich wird man die Arbeiter nicht ungehört vor vollendeter Tatsache stellen. Amtlich wird über die Frage der Stilllegung von Betrieben folgendes mitgeteilt:

Unabhängig von der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wird im Kriegsamte untersucht, inwieweit das Interesse der Gesamtheit aus Gründen wirtschaftlicher Art — z. B. zur Ersparung von Rohstoffen, zur zweckmäßigeren Verteilung von Rohstoffen und besseren Ausnutzung technisch leistungsfähiger Betriebe, zur Verminderung überflüssiger Transporte von Rohstoffen, Kohle, Halb- und Fertigerzeugnissen — die örtliche Zusammenlegung und Stilllegung von Betrieben erfordert. Mit der Prüfung dieser Fragen hat der Chef des Kriegsamtes dem beim Chef seines technischen Stabes gebildeten ständigen Ausschuss für Zusammenlegung von Betrieben (S. N. 3.) beauftragt. Dem Ausschuss, dessen Vorsitz der Chef des technischen Stabes führt, gehören Vertreter verschiedener Abteilungen des Kriegsamtes und der beteiligten Staatsverwaltungen sowie acht auf Vorschlag der Industrie, des Handels und des Handwerks vom Chef des Kriegsamtes berufene Vertreter dieser Wirtschaftskreise an. Der Ausschuss hat

beim Chef des technischen Stabes, Berlin, Leipziger Straße 13, eine Geschäftsstelle. Der S. A. Z. bedient sich zur Uebermittlung seines Auftrages an die Interessenten der vorhandenen Wirtschaftsorganisationen, die als eine gewisse Vertretung einzelner Industrien oder Handelskreise angesehen werden können, z. B. des Kriegsaussschusses der deutschen Industrie, des deutschen Handelsrates, des Hanjabadbundes. Sache der kleineren Gruppen betretende Organisationen wird es sein, unter Ausbeziehung jeglichen Sonderinteresses sich zur sachlichen Mitarbeit mit der führenden Organisation zusammenzufinden. Sie haben die Vorverhandlungen innerhalb der Industrie zu führen und das Ergebnis der Verhandlungen schriftlich dem S. A. Z. zu übermitteln. Billigt der S. A. Z. die für die Zusammenlegung, insbesondere die Entschädigung der stillzuliegenden Betriebe aufgestellten Grundzüge der Industrie, so werden ihre Vorschläge dem Chef des Kriegsamtes zur Genehmigung und Entschädigung wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit unterbreitet. Ueber die Verwertung der durch die Zusammenlegung freiwerdenden Arbeitsstätten, Massenvorräte, Maschinen usw. entscheiden die zuständigen, mit der Beschaffung des Heeresbedarfes beauftragten Stellen der Heeresverwaltung. Die freiwerdenden Arbeitskräfte unterliegen der Verfügung des Kriegserfahungs- und Arbeitsamtes (E. D.).

**Wie unsere feldgrauen über die Verbandszeitung denken.**

Durch die regelmäßige Versendung unseres Verbandsorgans stehen viele hundert unsere feldgrauen Kollegen trotz aller ausstehenden Strapagen in enger Fühlung mit dem Verbandsleben. Das kommt in den an uns gerichteten Feldpostbriefen sichtlich zum Ausdruck. Aus Mangel und anderen Gründen sind wir leider nicht in der Lage, auch nur einen nennenswerten Bruchteil der an sich interessanten Zuschriften zu veröffentlichen. Nur ausnahmsweise konnte dies geschehen und wird vorderhand auch so bleiben müssen. Mit Gemutigung stellen wir fest, daß unter den täglich eingehenden Feldpostbriefen nicht ein einziger ist, der mit den bis jetzt getroffenen durch den Krieg bedingten Maßnahmen der Verbandsleitung nicht einverstanden wäre. Jeder Brief ist ein Dankschreiben für die Zusendung der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ oder eine Bitte darum. Wir fühlen uns veranlaßt, diese Denkmalsart hier zum Ausdruck zu bringen, weil wir wissen, daß unsere feldgrauen Brüder jede Minute im Schützengraben zum Lesen heimathlicher Zeitungen benutzen und mit besonderer Liebe ihre Freizeit auf das Verbandsorgan verwenden, was wir leider nicht von allen Dabeingeblichenen sagen können. Denn nur zu oft wissen sie nichts von den wichtigsten Veröffentlichungen und erlauben sich oftmals ein Urteil über den Inhalt, der von keinem Schimmer Sachkenntnis getrübt ist. Aus Versammlungsberichten, die wir ungekürzt veröffentlichten und einzelnen Zuschriften, deren Verfasser an Mangel von Uebersetzung leiden und darum ihren Namen hübsch geheim halten, ist zu ersehen, daß es auch Mitglieder giebt, die mit den Leistungen der Gewerkschaft und der Tendenz unseres Verbandsorgans nicht einverstanden sind. Bei Anerkennung der vollsten Meinungsfreiheit kann man aber doch zum mindesten verlangen, daß die Einfender den Inhalt ihrer Zuschriften mit vollem Namen decken und an Stelle von Schmähungen Vorschläge unterbreiten, wie und wo Verbesserungen zu ermöglichen sind. Sie könnten dann des Dankes der gesamten Kollegenschaft gewiß sein. Wie hingegen unsere feldgrauen Kollegen über die „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ denken, sei nur an knappen Auszügen aus der reichhaltigen Sammlung der Feldpostbriefe gezeigt. So schreibt u. a. Kollege

eine glänzende Nummer. . .“ — Kollege Mechner schreibt: „Habe heute meine Zeitung erhalten und mich sehr darüber gefreut. . .“ — L. Böhm: „Erhalte regelmäßig die Zeitung, wofür ich bestens danke. Ich freue mich stets darin zu lesen, welche schöne Fortschritte unser Verband während der Kriegszeit gemacht hat. . .“ — Paul Krüger: „Bestätige dankend den Empfang der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ und hoffe, daß Sie mir dieselbe weiter zuwenden. . .“ — Albert Fand: „Unterzeichneter ist seit Oktober 1902 Mitglied des Sattlerverbandes. Befinde mich seit Ausbruch des Krieges im Felde, da es nun auch Stunden gibt, wo man an den Verband der Sattler zurückdenkt, wollte ich höflichst anfragen, ob es nicht möglich wäre, mir die Zeitungen nach dem Felde zu schicken, da man doch immer ein Interesse an der ganzen Sache hat; ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr meinen Wünschen nachkommt. . .“ — August Berger: „Es ist ja auch wohl schon lange her, daß ich Euch mit einem Schreiben bedanke, jedoch gedente ich Eurer und unserer Organisation immer noch, sobald ich die Zeitung erhalte, die regelmäßig eintrifft. Bedauerlich ist es nur, daß in jeder Nummer Kollegen verzeichnet sind, die ihr Leben dem Altar des Vaterlandes haben opfern müssen. Wie traurig es auch in den Filialen ausfällt, habe ich in Essen gesehen. Trotzdem unser Verband durch den Reichstafel den Kollegen gute Verdienste errungen hat, ist die Interessenlosigkeit vieler Kollegen unbegreiflich. Viele von den Draußenstehenden würden gern mit ihnen tauschen, dann lernten sie auch sicher den Wert der Organisation kennen. Hoffen wir, daß diesem Völkermorden ein baldiges Ende bereitet wird, wir wieder gesund heimkehren und unsere Organisationsarbeit mit Eifer wieder aufnehmen können. . .“ — Kollege S. Mann schreibt uns: „Eure Zeitungen habe ich bis jetzt immer pünktlich erhalten und bedanke mich dafür recht herzlich. Denn es ist für uns immer eine große Freude, wenn man mal eine kleine Uebersicht über das Leben und Treiben seines Verbandes hat, sonst ist man hier doch von der Welt abgeschlossen und man hat jetzt gerade großes Interesse an Vesehen und Gedeihen seiner Kollegenschaft. Es ist nur traurig, daß so viele Berufssollegen sich vom Verbands ausschließen. Sie heimzen wohl gern die Erfolge des Verbandes ein, sehen aber nicht ein, daß auch sie selbst dazu beitragen können und müssen; aber hoffentlich kommt die Zeit, daß auch diese zur Einsicht kommen, daß gerade unser Verband Großes in diesem Kriege geleistet hat und auch noch leistet. Am besten sieht man es, wenn man selbst beim Militär mitmacht; ich selbst habe trotz meines jugendlichen Alters viel Interesse an Fortbesehen unseres Verbandes und hoffe, daß alle Berufssollegen, sobald sie können, dem Verbands tatkräftig unterstützen, denn uns steht noch ein schwerer wirtschaftlicher Kampf bevor, hoffe aber, daß wir auch diesen glücklich überwinden.“

**Feldpostadressen-Henderung.**

Zur Beachtung hauptsächlich für diejenigen Kollegen, die in unseren Ortsverwaltungen die Feldpost erleben, geben wir die nachstehenden Bestimmungen über die Adressen von Feldpostsendungen jeder Art bekannt, die am 15. Februar 1917 in Kraft treten:

1. In den Aufschriften sind verboten alle Angaben über Kriegsschauplätze, Zugehörigkeit zu Armeen, Armeegruppen oder Armeeeinheiten, Armeekorps, Divisionen und Brigaden; die Angabe eines höheren Stabes darf nur bei Adressen von Angehörigen dieser Stäbe erfolgen.
2. Die Feldpostadressen dürfen nur die Bezeichnung des Truppenteils bis zum Regiment aufwärts enthalten, also entweder:
  - a) Regiment, Bataillon (Abteilung) und Kompagnie (Batterie, Eskadron) oder b) selbständiges Bataillon (Abteilung) und Kompagnie (Batterie, Eskadron) oder c) die dienstliche Bezeichnung besonderer Formationen (höhere Stäbe, Kolonnen, Flieger, Junker usw.).
3. a) Bei Truppenteilen, die einem Regimentsverband angehören, darf außer der Angabe von Regiment, Bataillon (Abteilung), Kompagnie (Batterie, Eskadron) nichts hinzugesetzt werden (auch nicht die Feldpostnummer), b) bei Truppenteilen, die keinem Regimentsverband angehören (selbständige Bataillone, höhere Stäbe, Kolonnen, Flieger, Junker usw.) ist als Feldpostadresse die dienstliche Bezeichnung der betreffenden Formation erforderlich, jedoch mit dem Zusatz: „Deutsche Feldpost Nr. . .“; die Nummer der zuständigen Feldpostanstalt ist von dieser zu erfragen; c) bei Angehörigen der Stäbe von Armeekorps (Generalkommandos) sowie von Divisionen und Brigaden muß die Feldpostnummer in der Adresse fortbleiben.
4. Alle Feldpostämter und Feldpostexpeditionen werden für die Folge mit „Deutsche Feldpost“ und einer Nummer bezeichnet.

5. Die Feldpostadressen haben hiernach zum Beispiel zu lauten:
  - a) ohne Angabe einer Feldpostnummer (siehe unter 2a), da im Regimentsverband:
 

An Gefr. N. N.  
Infanterie-Regiment 76  
1. Bataillon  
2. Kompagnie
  - b) mit Angabe einer Feldpostnummer (siehe unter 2b), da nicht im Regimentsverband:
 

An Jäger N. N.  
Jäger-Bataillon  
1. Kompagnie.  
Deutsche Feldpost Nr. 150.
  - c) mit Angabe einer Feldpostnummer (siehe unter 3b), da besondere Formation und nicht im Regimentsverband:
 

An Trainsohbat N. N.  
Reisewe-Fuhrpark-Kolonnie Nr. 100.  
Deutsche Feldpost Nr. 200.

II. Die Bekanntgabe der neuen Feldpostadressen nach der Heimat erfolgt durch die Truppenangehörigen. Hierzu haben alle Formationen des Feld- und Bejahungsheeres von der nächsten Postanstalt Postkarten anzufordern, die mit dem Aufdruck oder der deutlichen Niederschrift der neuen Adressen zu versehen und so rechtzeitig den Angehörigen zuzuführen sind, daß diese bis zum 15. Februar 1917 im Besitz der neuen Adresse sind. Die Angabe der Formation muß einfach, klar, den dienstlichen Beziehungen entsprechend und ohne entstellende Abkürzungen sein. Die zuständige Feldpostanstalt ist bei Feststellung der Adresse zu beteiligen. Die Aufnahme eines Hinweises ist notwendig, daß die neue Feldpostadresse erst am 15. Februar 1917 in Kraft tritt. Die Truppenteile überwachen die Ausführung vorstehender Bestimmungen und die rechtzeitige Auflieferung der Karten.

- Außerdem wird auf folgendes hingewiesen:
1. Bei Aenderung der Adressen müssen die Angehörigen jedesmal erneut verständigt werden.
  2. Die Truppenteile haben ihren Uebertritt in einen anderen Verband der bisherigen und der neuen Feldpostanstalt sofort schriftlich (nicht telegraphisch) mitzuteilen.
- Die Kollegen im Felde ersuchen wir dringend, rechtzeitig ihre neue Adresse an ihre Filialen einzufenden, damit in der Zusendung der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ keine Unterbrechung eintritt.

**Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausüstungsgewerbe in Köln.**

Die Sitzung fand statt am 30. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zur alten Post“.

Als Vertreter der Arbeitgeber waren anwesend die Herren: Lorch und Gerbrand, der Arbeitnehmer: Westner und Köchit. Als Vertreter des Verbands Gauleiter Schneider.

Gegen die Firma Bading haben 14 Kollegen Klage auf Nachzahlung der Teuerungszulage erhoben. Die Firma hatte die Kollegen auf Grund der Forderung entlassen. Zum Termin ist die Firma nicht erschienen. Die Schlichtungskommission steht einmütig auf dem Standpunkt, daß die Teuerungszulage auch bei Reparaturarbeiten, die Firma hat Geschireparaturen auszuführen, zu zahlen ist. Der Vorsitzende, Herr Lorch, wird beauftragt, der Firma dies mitzuteilen. Weigert sich die Firma, die Teuerungszulage zu bezahlen, soll eine weitere Sitzung unter Vorbehalt des Unparteiischen anberaumt werden.

Gegen die Firma Wiffing hatten 9 Kollegen Klage erhoben auf Nachzahlung der Teuerungszulage in Höhe von 202,92 Mk.

Bei dieser Firma handelt es sich um die gleiche Arbeit wie bei der Firma Bading. Der Vertreter der Firma erklärt, die Arbeiter seien bei ihm in Streit getreten, deshalb brauche er die Teuerungszulage nicht zu zahlen. Auch handele es sich nicht um neue Arbeit. Festgestellt wurde, daß die Arbeiter nicht gestreikt haben, sondern von der Firma entlassen wurden, weil sie die Teuerungszulage forderten.

Es kommt eine Einigung zustande; die Firma bezahlt den geforderten Betrag. Eine Klageung der Firma, in Zukunft die Teuerungszulage mit dem Lohn zu verrechnen, wurde von der Schlichtungskommission als nicht angängig bezeichnet.

**Hus unserem Beruf.**

Offenbacher Ledermuseum. Man schreibt uns: Wohl in manchen Offenbacher Familien und altengerechneten Portefeullergeschäften finden sich noch Gegenstände in Leder, die für das neu zu gründende

Ledermuseum von Bedeutung sein können. Von besonderem Wert wäre es, den einzelnen Abteilungen: „Werdegang des Reises- und Nähzeffaires“, der Brieftasche, der Zigarrentasche, des Nähföhrchens, des Geldbeutels, der Damentasche, Taschentintenzugs, interessante ältere Stücke zuzuführen, Stücke, die an sich vielleicht ganz bedeutungslos erscheinen, könnten auch bei äußerer Unansehnlichkeit und starken Spuren des Verbrauchs in den Reihen einer Sammlung recht wertvoll sein. Besonders erwünscht auch sind alte Vergolderstempel und Werkzeuge, Photographien und Zeichnungen und unverarbeitete Teilstücke von alten Offenbacher Lederarbeiten, alte Verschlüsse, Taschenbügel, gute Lederbinden, Buchstücke von Ledertapeten usw. Sofern vorgefundene Stücke nicht geschenktweise an das Museum überwiesen werden können, ist dieses bereit, für die Sammlung brauchbare Stücke zu erwerben. Das Sekretariat der Technischen Lehranstalten nimmt dankbar jeden Gegenstand zur Prüfung seiner Eignung entgegen und ist besonders dankbar für schriftliche Notizen, die über die Geschichte der Offenbacher Portefeullergewerbe Aufschluß geben. Hierzu gehören auch Rechnungen und Briefschaften aus der Frühzeit der hiesigen Lederindustrie.

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** In einer gut besuchten Branchenversammlung der Portefeuller und Reiseartikelarbeiter am 30. Januar im Gewerkschaftshause beleuchtete Kollege Weinschild die Geschäftslage in der Lederwarenindustrie seit Kriegsausbruch. Nach den eigenen Berichten der Untereinheit hat die Lederwarenindustrie, trotz der Materialverteuerung, Lederknappheit und stark vermindelter Arbeiterzahl, sehr gut abgeschnitten und wurden Gewinne erzielt, die an den Friedensjahren heranreichen. Selbstverständlich hatten auch die Arbeiter das Bestreben, durch Lohn-erhöhungen und Teuerungszulagen einen keinen Ausgleich zu schaffen. Leider sind die Bewilligungen der Unternehmer nicht ausreichend. Soweit Berlin in Frage kommt, ist besonders bedauerlich, daß die Fabrikantenvereinigung den dahingehenden Antrag unserer Branchenleitung erlegte, ohne in sonst üblicher Weise gemeinsam zu verhandeln. Der Erfolg ist nun auch, daß die ab 15. Januar zu zahlende Teuerungszulage nicht tarifverbindlich sein soll. Gegen diese Bestimmung wurde sofort Einspruch erhoben. Am 29. Januar fand nun eine gemeinschaftliche Sitzung statt, in der die Unternehmervertreter erklärten, daß der Beschluß unabänderlich sei, aber von den Mitgliedern der Fabrikantenvereinigung so aufgefaßt wird, daß sie alle die 10 Proz. Zulage an alle Arbeiter zu zahlen haben und daß sie gehalten sind, daß den Hilfskräften der Zwischenmeister, unter den gleichen Bedingungen wie im Vorjahre, der Zuschlag gezahlt wird. Sollten sich irgendwo Schwierigkeiten ergeben, so sei die Fabrikantenvereinigung bereit, dieselben „mit Nachdruck“ zu beheben.

Im Anschluß an diesen Bericht erläuterte Referent noch die Aufgaben der Gewerkschaft als sozialpolitischen Faktor, insbesondere die Regelung der Heimarbeiterfrage. Auch das Bestreben nach Gleichberechtigung mit den Organen der Unternehmer bei Regelung von handels- und zollpolitischen Fragen und in bezug auf die Heranbildung eines gebiegten beruflichen Nachwuchses. An die beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine angeregte Diskussion, wobei der Beschluß des Fabrikantenverbandes bezüglich der Ausschaltung von Arbeitervertretern zwecks Vorberatung von Arbeiterfragen gemißbilligt wurde. Es wurde gewünscht, für Erstarbung unseres Verbandes zu wirken, dann werden die Fabrikanten uns auch noch mehr respektieren.

**Leipzig.** (S. 30. 1.) Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung im „Volkshaus“ statt, welche schlecht besucht war. In kurzer, aber sachlicher Ausföhrung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß uns auch in diesem Jahre die sogenannten Fröhlingsbetriebe in bezug auf den Reichstarif die größte Arbeit aufbürdeten. Der leztbewilligte Teuerungszuschlag auf Militärarbeit wird in allen Betrieben bezahlt, außer der Firma Schmidt, welche sich zurzeit noch sträubt, dem nachzukommen. Auf Privatarbeit wurde statt der geforderten 15 Prozent nur 10 Proz. bewilligt. Es fanden 8 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen sowie 2 Vertrauensmänner-, 21 Vorstands- und 57 Werkstatzungen statt. Es wurden die Namen der gefallenen sowie verstorbenen Mitglieder unserer Verwaltungsstelle verlesen, zu deren Ehren sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Der Vorsitzende beendete seinen Bericht mit dem Wunsche, daß doch in diesem Jahre der Krieg sein Ende nehmen möchte und die im Felde stehenden Kollegen gesund wieder in die Heimat zurückkehren.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer den Jahresbericht, aus dem folgendes zu erwhänen ist: Eingetretten waren im laufenden Jahre 145 männliche, 132 weibliche und zum Militär ein-

gezogen 89 Mitglieder. Zurzeit verbleibt ein Bestand von 262 männlichen und 118 weiblichen Mitgliedern. Die Unterstützung, die an die Frauen der im Militärdienst stehenden Kollegen ausgezahlt wurde, betrug aus Lokalmitteln 5780,25 Mk. und der Hauptkasse 1410 Mk., somit eine Gesamtsumme von 7190,25 Mk. Die Revisoren berichteten, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben und stellten den Antrag, den Kassierer zu entlasten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der Diskussion wurde die Frage angeschnitten, ob eine weitere Gewährung der Unterstützung aus Lokalmitteln möglich ist. Da die Sammlungen wesentlich zurüdgehen, wird die Lokalkasse dadurch so sehr in Anspruch genommen. Der Vorstand wurde beauftragt, diese Frage weiter zu erwägen. Mehrere Kollegen übten dann noch scharfe Kritik an einigen Artikeln unserer Fachpresse, welche in den letzten Nummern zu lesen waren.

**Rundschau.**

**Siebenuhr-Ladenschluß.** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, durch die er wünscht, daß der Siebenuhr-Ladenschluß auf die Lebensmittelgeschäfte ausgedehnt und auch für die Friedenszeit beibehalten wird. In der Eingabe wird ausgeföhrt, daß der Siebenuhr-Ladenschluß die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen verkürzt und daher aus sozialen Gründen nicht wieder beseitigt werden dürfe. Er sei auch für die Lebensmittelgeschäfte durchföhrbar, da ja die Lebensmittel gerade in der jetzigen Kriegszeit nicht erst des Abends, sondern an fröhen Tagesstunden verkauft werden, weil das Publikum glaubt, daß in den späteren Tagesstunden die vorhandenen Lebensmittel ausverkauft sein könnten. Der dauernde Siebenuhr-Ladenschluß würde fernerhin eine Betriebskostensparnis für die Geschäftsinhaber mit sich bringen und auch insofern von volkswirtschaftlichem Nutzen sein.

**Die Ausjaugpumpe der „Deutschen Tageszeitung“.** Weil anderes nicht helfen will, sucht jetzt das städtische Agrarierblatt die Notwendigkeit einer Beseitigung aller Preishindernisse ebenso einfach wie verblüffend mit physikalischen Lehrsätzen zu beweisen. Das Bündlerblatt argumentiert: Je größer der Widerstand ist, der sich im zuföhrhenden Kanalsystem der Wirkung der fördernden Saugpumpe entgegenstellt, um so größer muß eben die Saugkraft sein. Zwischen Produktion und Verbrauch steht die vermittelnde Saugpumpe. Je weniger sie fördert, um so mehr muß das — Preisniveau erhöht werden, denn nur dieses liefert den erforderlichen Saugdruck. Mit anderen Worten: Die Lebensmittelpreise müssen so hoch sein, daß vom Erzeuger bis zum Verteiler jeder Widerstand schwindet, und da der Appetit beim Verdienen (also der Widerstand) bekanntlich immer steigt, so müssen die Preise natürlich ständig erhöht werden. — Einen dreisternen Hohn auf die Notlage derer, die nicht so satt werden wie Herr von Oldenburg, hat man wohl noch nicht erlebt.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, recht bald die Fragebogen betr. Zählung der Betriebe im Sattler- und Portefeullergewerbe und der darin im Januar 1917 beschäftigten Personen einzusenden. Die den Gauen Hamburg, Görlich und Schlesien angehörenden Ortsverwaltungen senden die Fragebogen an den Vorstand, Berlin S.O. 16, Brüdenstr. 10b, die übrigen an ihre zuständigen Gauleitungen.

Der Vorstand.

**Sterbetafel.**

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder  
Friedrich Bläß, Königsberg, 27 Jahre alt.

Berlin. Am 26. Januar verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Stoffmacher Emil Schaubel, im Alter von 59 Jahren.

Am 26. Januar verstarb der Militärsattler Walter Krefz im Alter von 21 Jahren.

Essen (Ruhr). Am 28. Januar verstarb unser langjähriges Mitglied Hermann Hundt im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**≡ Tüchtige Sattler ≡**  
für  
**Militärarbeit, Geschirre, Paddaschen usw.**  
gesucht.  
**Feibisch, Berlin, Am Treptower Park 28/30.**

**Erfahrener Sattlerfachmann**  
für Abnahme in unserer Mil.-Eff.-Abt. geeignet, zum sof. Austritt f. dauernde Stellung gesucht.  
Schriftl. Angebote mit Angabe des Alters, der Gehaltsansprüche und Zeugnisabschr. an  
**Berliner Maschinen-Treibriemen-Fabrik Adolph Schwartz & Co.,**  
Zillialfabrik Fürstenwalde Ketschendorf a. d. Spree.

**Sattler und Zuschneider**  
auf dauernde Aufträge in Sätteln und Geschirren werden eingestellt.  
**Militär-Effekten-Fabrik Friedrich Erb G. m. b. H.,**  
Berlin S.O. 16, Engelfufer 4.

**Tüchtige Sattler**  
für Militärarbeit gesucht.  
**Friedr. Schrader, Hannover,**  
Herschelstraße 61.

**Sattler, Täschner und Schuhmacher**  
auf Militäreffekten und Treibriemen finden dauernde, lohnende Beschäftigung  
**Berliner Maschinen-Treibriemen-Fabrik Adolf Schwartz & Co.,**  
Zillialfabrik Fürstenwalde-Ketschendorf an der Spree.

**Sattler**  
auf Tornister und Armeefädel sofort gesucht.  
**Friedrich Bierenbreier,**  
Fabrik für Herrensaurüstung,  
Kehl a. Rh.

**Sattler auf Koffer und Taschen**  
sofort gesucht bei dauernder Beschäftigung.  
**Nördlinger & Pollock, Stuttgart.**

**Sattler**  
Für Lederwaren- und Reiseartikelgeschäft suche ordentlichen Gehilfen.  
**Burchardt, Stuttgart, Charlottenstraße.**

**Sattlerarbeiten**  
aller Art werden übernommen.  
**Diringer, München,**  
Herrnstraße 23.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19,**  
Lindenstr. 63.  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franco.